Berichtsvorlage
OBM/028/2026

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Kulturausschuss	16.10.2026	öffentlich	Bericht

Betreff:
Konzeptentwicklung "Haus der Demokratie" - Tagungsbericht

Bericht:
In den Stadtratssitzungen vom 22.10.2025 und 25.02.2026 berichtete die Verwaltung über Überlegungen, ein Konzept für die Nutzung des ehemaligen "Gauhauses" am Willy-Brandt-Platz zu entwickeln, und legte eine Übersicht möglicher Projektschritte und notwendiger finanzieller Mittel für eine solche Konzeptentwicklung vor. Der Stadtrat beauftragte die Verwaltung, diese Projektschritte in Abstimmung mit dem Gebäudeeigentümer VNP durchzuführen. Mit der Tagung "Vom Ort der Propaganda zu einem "Haus der Demokratie"" am 26. und 27.09.2026 fand ein relevanter Baustein dieser Konzeptentwicklung statt. Verlauf und Ergebnisse dieser Tagung werden mündlich vorgestellt.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Das Aufsetzen eines partizipativen Prozesses zur Konzepterarbeitung soll unter Einbindung der Zivilgesellschaft in ihrer gesamten Breite erfolgen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐